

# Reichswart

und Deutsches Christum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Der „Reichswart“ erscheint jeden Sonnabend. Preis: 25 Pf. durch Freizeitung 3.- DM. Ausg. 2 monatl. 1.- DM. Deutschland monatl. 2.50 DM. Ausland: Wiertjahr 1. Dollar. Ausgabenpreise für die 12 gehaltenen Millimeter-Zeile 15 Reichspf. die ganze Seite 400 Reichspf.

Graf E. Reventlow

Bei Plakatschäften entsteht Aufschlag. Rabatt nach Tarif. Bestellungen nehmen alle Buchhändler, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Neidomar“ W.m.d.R., Berlin O 17, Moltkestrasse 11, entgegen. — Herausgeber: Andreas Oehl, Postkonto: Berlin 8714. Anverlangten Manuskripten in Rückporto beizulegen.

## Die Verordnung der Not — die Not der Verordner

### Die Not

„Was eine reaktionäre Landesregierung aus dieser Verordnung machen könnte, — das kann man sich mit Schrecken vorstellen.“

So schreibt der „Vorwärts“ von der „Notverordnung“ des Reichspräsidenten gegen die „politischen Ausdeutungen“. Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei bezeichnet damit sehr hübsch die nicht zu bestreitende Tatsache, daß mit den Paragraphen der sogenannten Notverordnung uneingeschränkt alles gemacht werden kann. Die Sozialdemokratie begrüßt höchst erleichtert erst die Verordnung, weil sie bestimmt ist, den Nationalsozialismus

### Inhalt

Die Verordnung der Not — die Not der Verordnet. — Europäisierung des deutsch-österreichischen Zollausgleichs? — Die „jüdischen Deutschen“ auf der Höhe. — Der „Sieg“. — Gedanken zur Besiedlung des Ostens.

niederzuknüppeln, aber sie gibt ohne weiteres zu, daß diese Verordnung in der Hand von einer politisch gegnerischen Regierung geeignet wäre, die Sozialdemokratie mit Schrecken zu erfüllen. Weil es gegen „den Faschismus“ geht, stimmt die SVD begeistert dafür, aber ein leises Grinseln ist trotzdem vorhanden: wie wenn die politischen Verhältnisse sich einmal so drehen, daß die Verordnung gegen uns, die „Vertreter der demokratischen Freiheit“, gerichtet werden könnten. Dachte man sich, daß etwa in Preußen, durch Neuwahlen an die Stelle der jüdischen, eine nationalsozialistische oder maßgebend nationalsozialistisch beeinflußte Regierung trate, so würde diese die „Notverordnung“ nicht gerade zur Freude der SVD angewendet werden können. Natürlich hat das regierende Zentrum mit Herrn Brüning und den Innenministern der Länder sich diese Überlegung auch gemacht, und zwar mit dem Blick auf die immer näher rückenden Neuwahlen in Preußen, in erster Linie damit auf das Volksbegehren. Darauf ergibt sich ohne weiteres, daß die Regierung des Reichs und der weitaus meisten Länder alles tun werden, einmal um die Propaganda für das Volksbegehren soviel wie möglich einzuschränken, ferner um die nationalsozialistische Ausklärung in Wort und Schrift mit allen Mitteln zu verhindern. — Hier liegt „die Not“ für die Notverordnung!

### Die antisemitische Höhe

Die Notverordnung selbst ist in der Tagespresse besprochen worden, wir sezen sie, als in der Hauptfach unteren Lesezeichen bekannt, voraus. Um es vorweg zu nehmen: die Stellen würden wir ohne weiteres aufheben, die sich mit dem Schutz religiöser Einrichtungen und Verehrung gegen Beleidigung beschäftigen, wenn sich diese Paragraphen lediglich auf die christlichen Kirchen, die Deutschgläubigen usw. Gemeinschaften bezögen. In der Regierungserklärung zur Notverordnung wird aber ausdrücklich nicht nur vom „christlichen Glauben“ gesprochen, sondern auch gesagt: „auch die antisemitische Höhe (?) gehört zu den Unlässen dieser Verordnung, die mit voller Zustimmung der Innenminister der größten deutschen Länder ausgearbeitet worden ist, die vor kurzem die bekannte Konferenz mit dem Reichinnenminister abgehalten hat.“ In einem folgenden Aufsatz wird dargelegt, wie

die Juden Deutschlands auf die „Zentralbehörden“ gedrückt haben, um diese Verordnung durchzusetzen. Erinnern wir uns bei dieser Gelegenheit, wie die Juden Deutschlands und des Auslandes seinerzeit das erste „Gesetz zum Schutz der Republik“ und nach dessen Ablauf ebenso das zweite mit Triumphgeschrei begrüßten und ganz offen erklärten, daß diese Maßnahmen in erster Linie zur Vertretung des Studentums und zur Stärkung seiner Stellung im Staat veranlaßt worden seien. Die Regierungserklärung sagt nun ausdrücklich, „die antisemitische Höhe“ gehöre zu den Unlässen der Verordnung. Die Juden haben mittin am Republikschutz noch nicht genug, sie wollten mehr haben, und slugs machte man ihnen diese schöne „Notverordnung“. Woraus wieder einmal zu erschließen ist, wie ungebühr und beherrschend die Macht der Juden bei uns ist; die Synagoge Alem in Alem mit der Kirche, das Bundeszelt auf dem Felsen Petri, wie vor sieben Jahren ein katholischer Geistlicher schrieb. Wir erlauben uns schon heute die bestehende Voraussetzung, daß auch diese Notverordnung in all ihrer Brutalität und ihren unbeschränkten Willkürmöglichkeiten die Wünsche unserer lieben Suden nicht erfüllen wird: die Erkenntnis ihrer Fremdheit, Schädlichkeit und Gefährlichkeit ist heute schon zu tief in die deutsche Bevölkerung eingedrungen. Nichts kann noch wieder uns hindern, diese Erkenntnis durch sachliche Ausklärung zu vertiefen und zu verbreiten. Nach Jahr und Tag und später werden die Juden Deutschlands wieder nach neuem „Schutz“ schreien, jammern und schimpfen, dabei sich sagen müssen: es hat wieder einmal nichts genützt! Wir brauchen zu dieser Ausklärungsarbeit wahrlich nicht jenes etwas, das die Notverordnung jüdische „Glauben, Gottesbegriff und Glaubensrichtungen“ — übrigens ein sehr hübscher Ausdruck — zu beschimpfen, — jähliche Darlegung genügt vollständig. Das Willkür gerade hier ganz schrankenlos arbeiten wird, versteht sich von selbst. Es wird so sein, wie Kaiser Friedrich seinem Vetter Carol von Rumänien anlässlich der jüdischen Lügen über die „Judenverfolgungen“ schrieb: daß „üdische Mischung ein heisst.“

### Wie grenzenlos diese Willkür

jein kann, das mögen die folgenden, aus der Verordnung herausgegriffenen Punkte zeigen: politische Versammlungen aller Art können verboten werden, wenn „zu besorgen“ ist, daß zum Ungeschram gegen Gesetze oder behördliche Anordnungen angereizt wird, daß Organe und Beamte des Staates beschimpft oder höswillig verächtlich gemacht werden, oder daß eine Religionsgesellschaft ihre Einrichtungen usw. oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder höswillig verächtlich gemacht werden kann. Außer allem aber: „daß in sonstiger Weise die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.“ Es kann also alles von der Ortspolizeibehörde ohne weiteres, ohne sachliche Begründung, ohne Beweis, „angenommen“, und die Versammlung daran hindern verboten werden, nur mit der Begründung: dies oder das sei „zu besorgen“. Mit anderen Worten: jede Ortspolizeibehörde kann jede Versammlung unter jedem öbrigen Vorwand verbieten. Wenn aber ein nationalsozialistischer Verbrecher sich beklagen sieht, eine Versammlung nicht vorchristlich anzumelden, so erhält er Gefängnis nicht unter drei Monaten. Das Verbrechen einer Nichtanmeldung wird, der Strafbemessung nach, gleichgültig der öffentlichen

Areizung oder Aufforderung zu Gewalttäglichkeiten gegen Personen oder Sachen!

Die Auslösung von Versammlungen geschieht nach Maßgabe gleicher Willkür, ebenso das Verbot für Personenfahrten auf Lastwagen, auch hier geht es nicht ohne Gefängnisstrafe. Ebenfalls, wer sich an einer ausgelösten Vereinigung als Mitglied beteiligt oder den organisatorischen Zusammenhang irgendwie aufrecht erhält, erhält mindestens drei Monate Gefängnis. Plakate und Flugblätter müssen der Polizeibehörde vorgelegt werden, sonst werden sie beschlagnahmt und eingezogen. Versammlungsankündigungen dürfen nur sachliche Angaben enthalten: also das, was irgendeine Ortspolizeibehörde „sachlich“ findet oder finden soll, mithin auch hier schrankenlose Willkür. Druckschriften, welche gegen die erstgenannten Punkte verstöhen, können beschlagnahmt und eingezogen, Tageszeitungen bzw. Zeitschriften für acht Wochen bzw. sechs Monate verboten werden; was den Ruin der Tageszeitungen oder der Zeitschrift bedeutet und bedeuten soll. — Im dritten Abschnitt der Verordnung werden das Recht und der Weg zur Beschwerdeführung dargelegt. Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß dieses Beschwerderecht in der Praxis durchweg illusorisch sein wird. — Der letzte Paragraph der Verordnung sagt, die Grundrechte der Reichsverfassung würden für die Weltungsdauer dieser Verordnung in dem zu ihrer Durchführung erforderlichen Umfang außer Kraft gesetzt, also die Pressefreiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Vereinfachung usw. Die Erklärung zur Verordnung behauptet: „das verfassungsmäßige Brief-, Telegramm- und Telephongeheimnis falle nicht unter diese Auskunft. Nun, das wird die Zukunft zeigen. Bis auf weiteres werden wir annehmen haben, daß die Behörden, die unteren wie die oberen, es muß immer wieder wiederholen: mit zügeloser Willkür vorgehen, diese aber sicher, wo eine für ihre Zwecke üble Wirkung zu besorgen wäre, mit irgendwelchem formalen Gunst zu bemühten versuchen werden.“

### Auch der Reichspräsident natürlich

In einigen nationalen Blättern finden wir den Ausdruck des Erstaunens und des Bedauerns, daß der Reichspräsident von Hindenburg seinen Namen unter diese Verordnung gesetzt hat. Wir können diese Verwunderung nicht teilen, hätten im Gegenteil niemals etwas anderes vom Reichspräsidenten erwartet. Wie seine Vergangenheit, nicht nur die als Präsident es beweist, gestattet ihm seine Weisheit kein unbeeinflußtes Urteil. Daß der Reichspräsident subjektiv überzeugt ist, das Beste zu tun, ändert an der schlimmen Bedeutung dieser Sache nichts.

Auf die Notverordnung hin haben die Vertreter der aus dem Reichstag herausgegangenen Parteien durch ihre Vertreter in Nürnberg am 29. März vom Reichspräsidenten die Zurückziehung der Verordnung verlangt und die Einberufung des Reichstags verlangt. Die dort gefaßte Entschließung hat den folgenden Wortlaut:

„Die mit dem Auszug der nationalen Opposition angestrebten Ziele sind ihrer Verwirklichung nähergebracht. Eine in sich brüderliche, nur durch Wahlangst zusammengehaltene Mehrheit hat mit der Vertragung des Kapp-Parlaments den Beweis erbracht, daß das sogenannte marxistische Frontkämpferbündnis Brüning sich in hoffnungloser, frei gewählter Abhängigkeit von der Sozialdemokratie befindet. Jemand welche Aufbanarbeit im Sinne der

vorjährigen Österreichschaft Hindenburgs ist nicht geleistet worden. Die Sozialdemokratie ist entlarvt. Ihre Anhänger sehen jetzt, was von den Wahlversprechen ihrer Partei zu halten ist. Nicht die Vertretung der Interessen der werktätigen Masse sieht sie als ihre Aufgabe an, sondern die Erhaltung der einträglichen Freunde ihrer Führer. Dies wird den Kampf der nationalen Opposition um Preußen zur Zersetzung des volksfeindlichen Bundes zwischen dem gotteszeugnerischen Marxismus und dem angeblich christlichen Zentrum zu fordern.“

Gegen die dem Sinn der Verfassung und jedem Begriff der Demokratie hohlpredigenden neuesten Notverordnungen des Reichspräsidenten wird die nationale Opposition Front machen. Sie wird die Einberufung des Reichstages fordern. Sie wird auch in den Ländern, die zur Aufrechterhaltung ihrer von der Verordnung verletzten Souveränität gebotenen Schritte tun. Sie wird sich im übrigen in ihrer Ausklärungsarbeit nicht beirren lassen. Von dem Herrn Reichspräsidenten wird erwarten, daß er sich nicht länger von den Parteien einseitig unterrichten läßt, die ihn ursprünglich bekämpft und zum Teil in grösster Form geschmäht haben, sondern auch einmal die Vertreter der nationalen Opposition hört, hinter denen die Mehrheit seiner ehemaligen Wähler steht. Die von ihm unterzeichnete Verordnung ist von ihrem Urheber nicht nur zur Abwehr der Propaganda der Gottlosen bestimmt, sie ist offensichtlich gegen die besten aufbauenden Kräfte der Nation gerichtet und soll dem Stahlhelm-Volksbegehrten Abbruch tun. Die zerstörende Tätigkeit der Gottlosen und der übrigen christlichfeindlichen Organisationen muß durch ihr Verbot, das die nationale Opposition nachdrücklich verlangt, unterbunden werden. Kann der Reichspräsident die Aufhebung der Verordnung bei der Reichsregierung nicht durchsetzen, so fordert die nationale Opposition, daß er sich von seinen gegenwärtigen Beratern trennt.“

Die Mehrheitspreise einschließlich natürlich der Sozialdemokratie zeigt sich tief entrüstet über die Entschließung und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich für die Einberufung des Reichstages eine Mehrheit nicht finden werde. — Wir warten das Weitere ab.

### Unsere Linie

Für den Nationalsozialismus wird die kommende Zeit also im Zeichen stehen: Verfolgung, Heile, Willkür. Beden irgendwie brauchbar erscheinenden Umsch und Vorwand wird man benutzen, um nationalsozialistische Redner ins Gefängnis zu bringen, nationalsozialistische Blätter zu verbieten und zu ruinieren, nationalsozialistische Versammlungen nicht stattfinden zu lassen. Die nationalsozialistische Bewegung muß und wird ihrerseits alle als zulässig möglichen Mittel anwenden, um ihre Ausklärungsarbeit im deutschen Volk nachdrücklich und wirksam fortzuführen. Sie wird zeigen, daß die Schlagkraft und Schärfe ihrer geistigen Waffen sich in solchen Formen ebenso wirksam betätigen kann, welche auch der schrankenlosen behördlichen Willkür nicht, jedenfalls nur unter schwerster Rechtsverletzung, angreifbar sind. Ob das vollständig möglich sein wird, steht natürlich dahin, denn der Inhalt der Verordnung zeigt, daß sogar die verfassungsmäßigen Grundrechte leichter herunter aufgehoben worden sind, und, daß ist die Hauptsache, die Verordnung von Anfang bis zu Ende die Erklärung eines Vernichtungskrieges gegen

den Nationalsozialismus trägt. Das alles wissen wir neudei. Die Richtigkeit unseres Kampfes in Rede und Schrift wird kein und bleiben, Form und Ausdruck so zu halten, daß sie nach Möglichkeit nicht angreifbar sind. Der Inhalt, der Geist und die Thäte des einen, was wir schreien und reden, braucht dadurch in seiner Wirkung verhüllt zu werden.

Dieser auf Vernichtung gegen den Nationalsozialismus gerichtete Kampf zeigt die Schwäche und Verunsicherung der regierenden Parteien und Särichten und ist ein glänzendes Zeugnis für die Stärke der nationalsozialistischen Bewegung, die auch aus diesem Kampfe gestärkt hervorgehen wird.

## Europäisierung des deutsch-österreichischen Zollausgleichs?

Die deutsch-österreichische Zollvereinigungspläne, die neulich hier einer nüchternen Darlegung unterzogen wurden, haben prompt den sogenannten „europäischen Sturm“ hervorgerufen. Der Schutzhilfe des gegenwärtigen Deutschlands, Herr Briand, hat mit „ernster Betrübnis“ — so rezipierte in schwerer Missbilligung der deutschen Regierungspolitik die linke Presse Deutschlands — das deutsch-österreichische Protokoll gemisbilligt. Das sei eine sehr ernste Sache, ein Abweichen vom Geist von Locarno, ein Vergehen gegen den Vertrag von Saint-Germain, ein Bruch der Genfer Konvention vom Jahre 1922. Die gesamte maßgebende französische Presse erging sich in Verdächtigungen: Deutschland beginne wieder eine Eroberungspolitik und Hegemoniepolitik, wie seit 1871 zu treiben, von seinem „Mittel-europa“ aus ganz Europa beherrschen zu wollen. Wirtschaftlich sang man an, die politischen Ziele seien darin enthalten, das Militärische werde kommen. Briand betonte in einer Rede: er habe schon früher gesagt, Deutsch-österreichischer Anschluß bediente den Krieg; eine Zollvereinigung bilde den ersten Schritt zum Anschluß. Die nationalsozialistische Presse variierte das Thema: glücklicherweise sei wegen der vorsichtigen Arbeit des letzten französischen Kriegsministers im Augenblick nichts Ernstes zu befürchten. Frankreich sei aber erwacht und sehe jetzt, daß mit diesen eroberungswütigen und nach Krieg strebenden Deutschen ein freundliches Verhältnis unmöglich sei.

Der britische Außenminister Henderson und der größte Teil der Presse war sehr unghalten, denn es sei eine grobe Unhöflichkeit Berlins und Wiens, den Mächten mit der vollendeten Tatsache zu kommen. — In Paris wie London forderte man, daß die deutsche und die österreichische Regierung die Angewesenheit dem Völkerbund zu unterbreiten hätten. Es lohnt nicht, auf die einzelnen Abschüttungen in den Ausdrücken hoher städtischer Entrüstung dieser beiden und anderer Mächte einzugehen. Aber uns liegt daran, die folgende Tatsache festzustellen: sobald eine deutsche Regierung auch nur den kleinen selbständigen Schritt und sei es auch, wie hier, auf rein wirtschaftlichem Gebiet, tut oder verucht, so lassen die beiden Weltmächte ohne weiteres Halt! Das tritt fragt auch in der Haltung der britischen Regierung hervor: ungefähr die gesamte britische Presse hat sich darin geäußert, wirtschaftlich könne man gegen eine deutsch-österreichische Zollvereinigung nichts haben, und wenn die britischen Kronjuristen der Meinung seien, so werde Großbritannien auch keinen rechtlichen Einwand erheben. Unerhört und unzulässig im höchsten Grade sei aber, daß eine deutsche Regierung, bevor sie den Schritt getan habe, nicht die anderen Mächte gefragt hätte. — Eine solche Autonomie hatten wir ohne weiteres und von vornherein von der französischen Regierung und Presse erwartet; wie es ja auch eingetreffen ist. Dass man sich auch in England gerade diese Arrogante zu eignen macht, aber ist sowohl von vorausgesagtem wie von politischem Interesse und gar unter Vorstoss der „Arbeiterregierung“!

Die selbständige deutsche Regierung wird als eine unerhörte Namhaftung Deutschlands angesehen und ausgeschrieben: die Deutschen haben gesäßigt endlich zu begreifen, daß sie ein Volk von Sklaven sind, und daß sie ihre Zukunft bleibt! Von französischer Seite haben die seit der Veröffentlichung der deutsch-österreichischen Verhandlungen verstoßenen Wochen den ganzen unanständlichen, ungeschuldeten Hass der Franzosen gegen die Deutschen wieder hinzugelegt und sofort ebenso unverhüllt die Kriegsdrohung gegen Deutschland hervorgerufen. Das ist uns nicht überraschend, aber es müßte eine Lehre sein für alle jene Politiker und Michels in Deutschland, die an die Möglichkeit eines wischlich freundhaften Verhältnisses auf gleichem Fuß zwischen den beiden Völkern und Staaten glauben möchten. Freilich ist da die Voraussetzung, daß jene deutschen Politiker ehrlich wären, und daß es ihnen nicht gleichgültig wäre, daß jenes freundhaftliche vertrauliche Verhältnis nur in unbedingter deutscher Unterordnung bestehen könnte. Solche Ehrlichkeit ist auf der politischen Linien in Deutschland aber unbedingt vorhanden, ja, noch mehr: man findet da das Verhältnis in Gestalt deutscher Unterordnung selbstverständlich und wünscht es. Berliner Tageblatt, Allgemeine Presse usw. wandten sich sofort gegen Curtius und sogar gegen den gelebten Brünning und zeigten ihr ganzes ernstes Missfallen mit einer Politik, die sicherlich in Paris gemisbilligt

würde. Die Zentrumsprese kann ihren Brünning natürlich nicht in Stich lassen, aber man merkt ihr an, wie betrübt sie darüber ist, daß alle die Unterhaltungen ihrer Prominenten in Paris und alle ihre herrlichen Freundschaftsartikel gar nichts denutzt haben. Wie immer, hat man in Paris mit herablassender Liebenswürdigkeit auch diese Abgasfanden empfangen und sie wieder gehen lassen, aber sobald eine deutsche Regierung sich selbstständig regen möchte, und man auch nur den geringsten Vorwand dagegen geltend machen kann, da sind alle die freundlichen Unterhaltungen zu nichts geworden. Natürlich fällt es dieser gesamten deutschen Presse nicht ein, die so gewonnene neue Erfahrung auszusprechen, sie zieht ihre alten Fiktionen fort, alles ist einerlei, wenn nur die deutsche Bevölkerung im alten blöden Duell erhalten wird.

Der britische Minister Henderson erklärte in seiner Parlamentsrede: er habe der deutschen und der österreichischen Regierung mitgeteilt, sie sollten sich keinen falschen Eindrücken hingeben über das ernste Mißtrauen, das durch ihre Aktion in vielen Ländern, ganz besonders in Frankreich, erweckt worden sei. Die britische Regierung werde beantragen, die Frage der Zollvereinigung auf die Tagessordnung der nächsten Ratstagung des Völkerbundes zu setzen. Er fürchtet, daß durch die ungünstige Art Deutschlands und Österreichs die europäische Abrüstung gefährdet erscheint.

Man kann nur sagen! auf sich gehoben! Die völklige Aussichtslosigkeit der Ad-

rüstungsfrage soll nun der harmlosen Zollvereinigungspolitik Deutschlands und Österreichs zuwohnen werden. Alle jenen salbungsvollen Entrüstungsfundgebungen der verschiedenen Regierungen, besonders der beiden großen Weltmächte, sind Lüge und Heuchelei von einer bemerkenswerten Schamlosigkeit. — Vorau wird nun die ganze Angelegenheit schließlich hinauskommen?

Wir äußerten neulich die Ansicht, daß Briand und die anderen nach vorhergegangener starker Einflussnahme die deutsch-österreichische Angelegenheit in Briands Banuropa eingliedern und damit das Gegenteil für Deutschland Wünschenswerten herbeiführen würde. Das „Vorwärts“ vom 31. März bietet Herr Breitkopf einen ähnlichen Standpunkt an, und meint, jetzt könne alles darauf an. Die Sache ist reibungslos wie möglich zu einem günstigen Ende zu führen. Die Idee der Zollunion dürfte mich unter den Weltpunkten deutscher und österreichischer Interessen und Gefühle geteilt werden, sondern müsse so behandelt werden, daß man sie im wesentlichen als Ausgangspunkt einer allgemeinen Wirtschaftsvereinigung behandelt; mit anderen Worten: daß man sie sozusagen europäisiert. Da wäre man ja so weit, und wir hätten richtig gerochen. Gerade Herr Breitkopf weiß besser als irgend jemand, was sein Freund Briand will und möchte.

Über die Haltung der Herren Brünning und Curtius werden wir demnächst sprechen.

## Die „jüdischen Deutschen“ auf der Höhe

„Schritte bei den Zentralbehörden im Reich und in den Ländern, Wahrnehmung der Deutschenheit durch eine Reihe von Fundgebungen, Entstehung einer die weitesten Kreise erfassenden Aufklärungsaktion über die schamlosen Übergriffe und Rücksichten der Juden sind zunächst in Aussicht genommen“. So schreibt das „Organ des Zentralvereins Deutscher Stadtbürger jüdischen Glaubens“. In einem Artikel zur Erläuterung des Auftrags des Präsidiums des Z.B. schreibt ein Jude: „Wir jüdischen Deutschen haben unser Interesse an einer Niederwerfung des jugendlichen Judentheils in Wunde und nationaler Zurückhaltung betont“, jetzt sei es aber zu Ende, jetzt müsse der Staat eintreten. Wie immer bedauern wir, daß man nicht in jolden lämmenden Artikeln die Abbildung des jüdischen Verkäufers in dramatischer Pose dargestellt, findet. Wir haben diesen Vorschlag schon früher gemacht, und aber bei den „jüdischen Deutschen“ immer auf schwiegende Ablehnung gestoßen. Anlaß zu diesem neuen großen und pathologischen Missgeschick gibt der hamburgische Nord, außerdem die Bewunderung dieses jüdischen Lebendes in einer Weißtaufe in Preußisch Holland. Dieser Fall

mäßig sind, und eigentlich den Juden ihr politisches Heimstätte besorgen. Namen derartige Tinge nicht ab und zu vor, wurde nicht ab und zu in Räumlichkeiten auch einmal ein „jüdischer Deutscher“ getötet oder verwundet, so wurde man in Israel immer verzweifelt ist, ganz ohne „Material“ zum Beweis der „Verfolgungen“, und für Weltgeistere vor der „Kulturmacht“. Die Verwundung des Juden Knapp in Preußisch Holland ist ein schönes Muster Beispiel: es genügt vollkommen, daß dieser Jude Misericordie erlangt hat. Wie die Einzelheiten und Ursachen gewesen sind, ist ganzlich gleichgültig die „Blattzeit“ von Preußisch Holland soll der Anlaß zu ungeheurem Geschrei geben, das, wie die Juden wissen, in dieser Republik besonders wirksam ist. Die neue Notverordnung zeigt es.

Um das, was wir wollen und anstreben, würde es noch viel besser bestellt sein, wenn solche Dinge nicht vorkämen. Ich würde sogar für ein Blatt hinnnehmen, das Strafanzeige gegen einen Juden vielleicht bestellt als solche, die gegen einen Deutschen erfolgt waren. Ein solches Blatt würde jedem Deutschen die Stellung klar machen, welche das Judentum in Deutschland einnimmt, und die Gefühle der Deutschen dem Juden und dem Judentum gegenüber würden schnell in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Leider wird die Reichsregierung nicht genugt sein, einen solchen Alt-wirtschaftlichen Auflösung einzutreten zu lassen.

Der genannte „jüdische Deutsche“ spricht von jüdischem Interesse an „einer Niederwerfung des jugendlichen Judentheils“. Nicht verlangen wir die Solidarität aller ethisch empfindenden Menschen, es sei genug des Blutes, der Heute und des Terrors. Und diese Taten wegen zweier Juden, die nicht einmal tot sind, während viele Hunderte von Nationalsozialisten ermordet oder schwer verletzt geblieben haben. Aber wie gesagt, das Geschrei

über Blut und Terror ist nur wieder die alte Kultus. Die wahre Kultur der Antike in Israel ist die Erkenntnis, daß die tiefe Abneigung der Deutschen und besonders des jungen Geschlechts gegen die Juden reizende Fortschritte macht, der Untergang von uns zeigt sich die Erkenntnis in der ganzen erstaunlichen Größe, wenn wir die volle Ungeschicklichkeit der Verhältnisse in unserer eigenen Jugend und Schulzeit mit dem heutigen Stand der Misericordie vergleichen. Die Erkenntnis, daß der Jude gleichwohl in welcher Kleidung, ob es der des Namens, der „Konfession“ oder Tatsache, immer Jude bleibt, mit allen völkerverderbenden und menschenverderbenden Eigenschaften, welche ihre verbrecherischen Spuren durch die Jahrtausende gezeigt haben, „Niederwerfung“, dieser Erkenntnis und des Gefahrens, daß dieses fremde, schädliche Element aus dem deutschen Leben ausgedient werden muß, werden die „jüdischen Deutschen“ nicht entziehen. Dagegen ist ihnen das Gefühl, daß sie der Regierung trotzen gegen die Deutschnation zu leben, jene Erkenntnis zu sterben, um in einer letzter Linie das Ziel zu sein.

Selbstverständlich ist begreiflich, wenn Deutsche, die bis aufs Blut durch den Juden gequält werden, oder deren Familien durch den Juden zerstört oder deren Existenz durch den Juden zugrunde gerichtet worden ist, sich einmal zu Gewalttaten hinzuwenden lassen. Aber ganz abgesehen von der Weichmäßigkeit, wird durch solche Akte unserer großen Sache nicht genutzt, sondern meist geschadet. Das, was wir erreichen müssen, ist etwas anderes, nämlich, daß die Auflösung der Deutschen, zumal der deutschen Jugend, selbstverständlich und allgemein wird, daß der Jude ein fremdes, schädliches Wesen ist, das zu Unrecht und uns zum Verderben in unserem Lande mit Bürgerrecht wohnt. Daraus ergibt sich weiter das Abrüthen der Deutschen, das „Zünglein“ vom Judentum und von allem, was jüdisch und jüdisch infiziert ist, vor allem das Melden eines Zusammenlebens, einerlei in welchen Beziehungen. Der nationalsozialistische Brauch, den Besuch von Juden in nationalsozialistischen Versammlungen grundsätzlich auszuschließen, eine Mahnrede, die sich ganz ausgezeichnet bewährt, muß in allen unseren Lebensverhältnissen Schule machen. Das ist es, was die Juden, einerlei welcher Klasse, fürchten. Den leitenden Juden ist es dagegen nur ein hoch erwünschtes Propaganda material, wenn sie eine „Blattzeit“, eine „Friedhofsschändung“, verzeichnen können. In der Ausübung und Verbreitung sind sie ja von alters her Meister. Gibt ein Jude einen Deutschen an und wird dann verurteilt oder erschlagen, so schreien die jüdischen und jüdisch beeinflußten Zeitungen der ganzen Welt, in Deutschland tobten die schrecklichsten Pogrome. Genau nach diesem Muster wurde vor dem Kriege von den Juden hinsichtlich Humanitätsverfahren.

Der „jüdische Deutsche“ läßt sich natürlich noch nehmen, von der „Kulturmacht“ der Judenliga zu sprechen. Wir sind da leider etwas anderer Ansicht, halten es nämlich für eine Schändung der deutschen Kultur, daß die Juden am deutschen Leben teilnehmen. Wir werden also schwerlich mit den „jüdischen Deutschen“ zusammenkommen, regen aber, daß auch in dieser Altkommunisten des Z.B. Organs drohend auf das Ausland hingewiesen wird: man habe „nationale Zurückhaltung“ beobachtet. Das heißt mit anderen Worten, daß nunmehr das jüdische Geschrei aus allen Hauptstädten und Zeitungen des Erdalls ertönen wird.

Wir haben auch hier nichts dagegen. Soldes und noch vieles andere wird leicht Endes wirtschaftslos von den Deutschen abfallen, je einiger sie in der Empfindung werden, daß es sich nicht um Hass oder Nichtsatz handelt, sondern um Ausscheidung eines blutvergessenden Fremdkörpers.

## Der „Gieg“

Am 26. März ist der Reichstag vertagt worden, um erst Mitte Oktober wieder zusammenzutreffen zu werden. Die Sozialdemokraten wollten es nicht, sondern verlangten eine wenn schon kurze Tagung im Sommer, aber Brünning dachte anders, und dabei blieb es. Die Presse wirkt die üblichen „Rückblide“, zieht das Fazit und kommt dabei zu dem Ergebnis: „Brünning hat gesiegt“, denn es ist ihm gelungen, die Bewilligung des Haushalts unter Dach zu bringen, und zwar zu einem früheren Termin als seit langer Zeit. Der Finanzminister Dietrich erklärte in einer Rede, das sei ein ungeheuerer Erfolg, der im höchsten Maße zu Deutschlands Ansehen und zur deutschen Kreditwürdigkeit im Auslande beitrage. Scheinbar wird jeder Erfolg, von denen, die uns regieren, ausschließlich vom Gesichtspunkt der „Kreditfähigkeit“ — schöner noch Klingt: „Kreditwürdigkeit“ — also des schmücklichen und dringenden Kumpfweises, betrachtet. Nun, lajen wir der Regierung und ihren Parteien ihre bescheidenen Freude über den „Sieg“. Über wen hat sie denn eigentlich gesiegt? Das es ihr gelingen würde, den Staat durchzubringen, war ziemlich selbstverständlich. Das Siegesgechirr beweist höchstens, daß man die Hoffnungen ganz außerordentlich niedrig gesetzt hat. Groß ist das Kunkels nicht gewesen, nachdem die Nationalsozialisten und die Deutchnationalen den Reichstag verlassen hatten. Es wäre aber auch sonst keine besonders bemerkenswerte Leistung gewesen, denn die gewaltsame Aenderung der Geschäftsordnung und die während des Kampfes um diese neu eingeführten Bräuche hätten der Opposition ganz unmöglich gemacht, mit Erfolg ihren Kampf zu führen; höchstens würde es eine Verzögerung um einige Tage dabei gegeben haben. Auch diese Erwägung ist für den Auszug der Nationalsozialisten aus dem Reichstag mit mass-

gebend gewesen. Daraus, daß die Regierung ihren Panzerkreuzer zur Bewilligung bringen würde, daraus war von vornherein nicht zu zweifeln. Die sogenannte Mentalität der SPD, lag klar zu Tage. Ihre Führer wußten, daß die Partei aus dem Panzerkreuzerbilemma nicht ganz ungeschunden hervorgehen werde, nicht anders hervorgehen könne. So wählt man das Nebel, welches als das kleinere erscheint, selbst auf die sichere Gefahr hin, daß die Einheit der Front in der Abstimmung nicht erhalten werden würde, wie es dann ja auch gekommen ist. Man nahm es auch in Kauf, daß der gesamte linke Flügel der Partei und die Gewissens im Lande außer sich über diese Begünstigung des Militarismus und Plattenismus sind. Der „Vorwärts“ schrieb: Die Frage sei sehr klar und einfach: die größte Gefahr sei der Faschismus, seiner Rücksicht müsse die Partei alle anderen Rücksichten unterordnen, sie müsse den Staat vor der faschistischen Katastrophe bewahren und werde das mit der ihr eigenen selbstlosen Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue tun, einerlei, ob sie dadurch ihr Parteinteresse schädigt. In Wirklichkeit lagen ja die Dinge ein wenig anders. Der Reichskanzler bzw. das Zentrum hatten die SPD in der Hand, durch die Drohung, ihrer preußischen Herrlichkeit ein Ende zu machen, und die, mit allen anderen Folgen eines solchen Sturzes, war schon eine Panzerkreuzerrate wert; die erzielten Gewissens des linken Flügels würden schon wieder vergessen, wie sie auch ihren Stroll über den Panzerkreuzer übergehen hatten.

Das für uns besonders charakteristische der Lage ist die unbedingte Gegnerschaft aller Parteien ohne Ausnahme gegen die nationalsozialistische Bewegung. Der Ausdruck: „Begründet ist freilich nicht annähernd ausreichend, denn es handelt sich um einen fanatischen Hass, sei es beim Zentrum oder der

Socialdemokratie oder den Mittelparteien oder dem Kommunismus. Alle diese ungleichen Studen sind eins in ihrer tödlichen Feind. Ganz gegen den Nationalsozialismus; schmen wir dazu noch die katholische Kirche, einen wachsenden Teil der hohen evangelischen Bevölkerung und auf der anderen Seite des Ludendorffschen Tannenbergbundes, so ist es ja alles zusammen, was es überhaupt gibt, eine „Front“, die voll unfreilicher Gesetze steht, und dabei ohne Ausnahme jedes ihrer Mitglieder voll von einer unzweckmäßigen Unaufrechtigkeit, besser: Verlogenheit, ist. Die Hauptlinie des Kampfes für die kommenden Monate ist damit gezeichnet. Tatzen aller Art können kommen, die Linie wird doch die gleiche bleiben. Den Gedankenlang des Kabinetts Brüning haben wir vor Monaten hier gezeichnet: die Beendigung des Winters wird die Not etwas lindern, die Industrie wird zu tun bekommen, an der Front, so hat uns auch Herr Dietrich neulich erklärt, „grünet Hoffnungsglück“. Der Kanzler hat nach wie vor vom Reichspräsidenten insoweit unbegrenzten Vertrauens die Möglichkeit, diktatorisch alles zu tun, was er will; weitere Notverordnungen sind bereits angekündigt. Die Rechnung des Kanzlers nicht allein, sondern der sämtlichen Parteien ist, dass solche kleine, zum Teil nur äußerlichen Veränderungen in der wirtschaftlichen Lage, dem Nationalsozialismus den Wind aus den Segeln nehmen werde. Außerdem hofft man Spaltungen zu erreichen, durch den Druck der Kirche, durch Intrigen und Hezereien aller Art im Verein mit allen Mitteln geistiger Auseinandersetzung durch die Polizei, mit dem Zweck, sozialwidrige Ausbrüche hervorzurufen. Die Zeit ist voll von Lügen: die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei habe ihren

Sozialismus abgelehnt, Hitler verläufe die Organisationen der SA an Industriefirmen. Der 14. September — diese Pille ist für das Bürgertum bestimmt — habe durch den Sturz der Papiere dem deutschen Volke mehr gesetzter, als ein Jahr Reparationen. Täglich wird etwas Neues erfunden und hinzugetragen, nach der Weise: „Ich bete an die Macht der Lüge.“

Der sehr ergiebige Finanzminister Dr. Dietrich führte in seinem Triumphzug über das Erreichende auch aus: der Winter ist ohne Einschätzung der Staatsgewalt zu Ende gegangen, auch das bilde einen Sieg, einen herrlichen Erfolg. Es ist richtig: das, was die Herren ihre Staatsautorität nennen, ist erhalten geblieben, aber wer hat sie denn angesprochen, über wen hat man denn gesetzt? Über niemand, nicht einmal über die eigene Angst, denn sonst würde Herr Dietrich jedenfalls diesen Teil seines Siegesgeanges als neuzeitliche Deborah unterdrückt haben. Die „Staatsgewalt“ ist ebenso wenig angesprochen worden, wie überhaupt in den letzten Jahren; daß diese ewig sitzende Sorge auch im vergangenen Winter sich nicht verwirklicht hat, gönnen wir den Herren von Herzen, aber wenn sie von Sieg und Erfolg sprechen, so kann man nur sagen, daß sie sich mit einem sicher nicht ungewöhnlichen Erfolge lächerlich machen.

Die nationalsozialistische Bewegung ihrerseits hat die Monate seit dem 14. September 1930 angewandt, um den damaligen gewaltigen Erfolg organisatorisch zu konsolidieren. Das britische Sprichwort: „Nichts ist so erfolgreich wie ein Erfolg“ hat sich auch in diesem Falle bewährt. Die Partei wählt weiter, verwurzelt sich immer stärker im Volk und sieht den kommenden Kämpfen mit aller Zuversicht entgegen.

## Gedanken zur Besiedelung des Ostens

(Schluß.)

Denn wie schon die Eltern durch ihre Liebe zum Kind die Überhöhung von materieller Lebensentstaltung erwiesen haben, so wachsen die Kinder in der Anspruchlosigkeit und harten Fazit einer kinderreichen Familie zu tüchtigen Menschen heran. Kinderreiche Familien sollte man daher stets bevorzugt anreden, zumindest sie am besten die bevölkerungs- und nationalpolitischen Ziele der Siedlung, besonders in unserer bedrohten Grenzmarsch, ersönden.

Reine Familienbetriebe, also solche, die bloß mit Familienangehörigen geführt werden, sind die wirtschaftlichsten. Denn die Arbeitsintensität der Menschen, die all ihre Pflege und Mühe einem eigenen Stück Erde angedeihen lassen, und die wissen, daß all ihre Arbeit und Mühe, die sie ihrer eigenen mütterlichen Erde zuteilen werden lassen (und ebenso ihrem Vieh), ihnen selbst und ihren Kindern wieder zugute kommt, ist unglaublich größer als die der bezahlten, am Arbeitsergebnisse nicht selbst beteiligten Arbeitskräfte. Dies bestätigt einem im Wollen oder Hofbesitzer, der teils mit eigenen Familienangehörigen, teils mit bezahlten Arbeitskräften arbeitet. Die reinen Familienbetriebe, die mit keinem Lohnkontakt und keinen sozialen Lasten belastet sind, überwinden daher auch am besten landwirtschaftliche Notzonen.

Andererseits können wir die größeren Bauern, die großen Hofbesitzer und auch einen in maroden Grenzen zu erhaltenden Großgrundbesitz, der seinen Hauptruhm im Waldbesitz haben wird und seine landwirtschaftliche Betriebsführung auch durch eine gewisse Dezentralisation rentabel wird gestalten müssen, nämlich wie vielfach im Weinen Selbstbewirtschaftung von nur kleineren „Dosenfarmen“ und im übrigen Verpachtung teils von Einzelparzellen an angrenzende Kleinbesitzer, teils in Bachtalerhöfen, nicht entbehren. Denn sonst würden uns wertvolle Kräfte zu wirtschaftlichen Niederungen und zur Führung im Gewerbeleben, in der Selbstverwaltung und im staatlichen Leben verloren gehen. Auch die zum Antrieb erforderlichen Aufstiegsmöglichkeiten sind nur in einer mannigfaltigen Betriebsgrößengliederung zu gewinnen.

Ein breiter Unterbau von auf eigener Scholle anzusiedelnden Kleinsiedlern (Handwerker, Gewerbetreibender, Freiarbeiter usw.) bietet mit ihren Familienangehörigen die genügenden Arbeitskräfte für größere Besitzer und bildet andererseits die gefunde Grundlage für ein sich stets von unten auf erneuerndes Volkstum.

Von großer Bedeutung — volkswirtschaftlich wie Bevölkerungspolitisch — ist auch die gärtnerische Kleinsiedlung, die bei größter Bodenausnutzung zugleich die größte Bevölkerungsspannweite in sich birgt. Denn diese intensivste Landausnutzung beansprucht die meisten Arbeitskräfte, z. B. eine Gärtneriedlung von sechs bis sieben Morgen Größe mit Freiland-, Mistbeet- und Glaskulturen benötigt 10 Arbeitskräfte, oder eine auf reinen Familienbetrieb abgestellte Gemüsebetreiberei von vier

Arbeitskräften, von deren rechtzeitiger Durchführung unsere Existenz auf allen Gebieten abhängt, auch von unserem verarmten Volke das Letzte herzugeben verlangen müssen. Vor allem aber wird, ehe wir uns völlig verblühen, eine starke Herabsetzung unserer untragbaren Tributlasten durchgehen müssen. Die Hälfte dieser jährlichen Tribute, von denen wir schleunigst freizustellen sind, also etwa eine Milliarde RM, alljährlich in das Rettungswerk der Siedlung gestellt, würde uns zum Wiederaufbau einer gesunden Volkswirtschaft und einer nationalen Volkswirtschaft verhelfen können.

Wir würden dann wenigstens zunächst einmal zu einer vollen Ausnutzung unseres uns noch verbliebenen Lebensraumes gelangen. Dafür leidet der Mensch für ein so großes, lebensbejahendes Volk wie das unsere viel zu eng ist und durch Beseitigung des untragbaren polnischen Korridors (Westpreußen und die anschließenden deutschen Gebiete von Westen) zur Wiedervereinigung mit dem abgebrühten Ostpreußen sowie durch deutsche Siedlungskolonien in Afrika wieder erweitert werden muss, ist auch in diesem

Zusammenhang aufzufordern zu bestehen.

Bei einer solchen ländlichen Siedlung auf breiter Grundlage werden wir unzählige deutsche Volksgenossen, die sonst in die Großstädte zur Vermehrung des Arbeitsspielens und zu ihrem eigenen Verderben abwandern oder nach Übersee auszuwandern gezwungen wären, sowohl aus dem Osten jüngere Söhne, Kleintandwirte, Handwerker, landwirtschaftlich fortgeschrittenen Gegenden von West- und Süddeutschland jüngere Söhne von Hofbesitzern, Kleinbauern, Händlern usw., ins meidenden entblößten Osten seßhaft machen können. Wir werden dadurch dem deutschen Volke die wichtigste Kraftgrundlage wieder geben möglicher viele freie Menschen auf freier Scholle.

Das schließe mit den Worten des sterbenden Faust:

„Soll ein Gewimmel möcht' ich sehn,  
Ach freiem Grund mit freiem Volle  
sehn.“

Graf Günther v. d. Holtz,

## Remarque fügt

Der Reichswort erhält folgende Zuschrift:

Das Leben und alles Drum und Dran hat soviel Wert, als man ihm selber gibt, d. h. als man ihm selber zu geben vermag. Der Mensch muß aber dem Leben und den Dingen, die ihn treiben und mit denen er sich beschäftigt in dieser Welt, einen Wert geben, sonst ist das Leben ohne Inhalt, ja, überhaupt sinn- und zwecklos. Sinn und Wert des Lebens gehen also aus vom Willen und Streben und dem gleichzeitigen Streben zu etwas Höherem, zu etwas, das über das rein Animalische hinausgeht.

Um dem Leben einen Sinn zu geben vermag und es von vornherein als zwecklos betrachtet, sollte eigentlich die Konsequenz ziehen und sich selbst von diesem sinnlosen Zustande, und damit die Welt von ihm, dem sie Verneinen, befreien. Es müßten demnach sämtliche Marxisten genau genommen auf ihr Dasein verzichten, weil sie die instinktlose gesellschaftsmäßige Hemmungslosigkeit für sich als erstrebenswert betrachten, dagegen die allein kultur- und lebensfördernde, verstandesmäßige, gesinnungs- und charaktervolle Beherrschung Disziplin ablehnen und damit sich selber jede Eristizitätsberechtigung absprechen. — Graf Tolstoi (in seiner Kreuzerone) hält das ganze Menschengeschlecht, nachdem er gewalige Enttäuschungen erlebt und den Glauben an eine Besserung verloren hat, für unheilbar verdorben, für den Untergang reis und empfiehlt daher die bewußte Verhinderung jeglicher Fortpflanzung bei den Menschen, um auf diese Weise schon nach einem Menschenalter die Menschheit zu tilgen. Tolstoi sieht also als Lebensverneiner schwarz, wo ein Lebensbejahr weiß läbe. Es kommt also nicht daran an, was ich sehe, sondern, wie, aus welcher Geissnung und Ausfassung heraus ich etwas sehe oder sehen will; es ist niemals von Bedeutung, daß irgendein Mensch lebt, sondern wie er lebt, wie er sein Leben führt, das gibt ihm Wert und unterscheidet ihn von andern.

Wen ich das Leben zu einem wertvollen

Dienst gestalten will, muß ich an den Wert des Lebens glauben und ihm, trotz aller gegenständigen Einwirkungen immer und immer wieder selber einen Sinn zu geben versuchen.

Dieser Sinn und Wert muß für mich als Angehöriger eines bestimmten Volkes naturgemäß organisch und instinktmäßig richtig nur aus der diesem Volke eigenartlichen Linie liegen, weil ich schicksalverbunden bin mit meinem Volke und mich in erster Linie zu ihm bekennen muß; ich kann also nicht sagen, daß ich in erster Linie Mensch bin, weil das bereits von Entartung zeugt. Aus dieser Zugehörigkeit ergeben sich dann Rechte und Pflichten, immer aber tritt dabei der einzelne zurück; der Erhaltung des Ganzen, der Art gilt alles.

Alle jungen Menschen, die zur Erhaltung ihrer Familie, ihrer Sippe, ihres Volkes, ihrer Heimat und ihres Vaterlandes hinauszogen, und das in der richtigen Gesinnung taten, d. h., wie Hindenburg das einmal so schön ausdrückte, „reinen Herzen“ in den Kampf zogen, alle diese jungen Männer aller in Frage kommenden Nationen waren nicht vollgestopft mit leeren Phrasen, sondern erfüllt mit den höchsten sittlichen Ideen und Begriffen, die ihnen durchaus ernst waren. Für starke, gesunde und charaktervolle Menschen sind solche Begriffe, absolut echt und nicht verlogen, wie Renart unterschreibt möchte; für solche Menschen ist z. B. der Begriff Vaterland echt, weil die Gesinnung, in der solcher Begriff gebraucht wird, das „Wie“ der Auffassung echt ist.

Für solche Menschen ist auch der Begriff Ehre echt, weil die Auffassung darüber echt ist und solche Menschen mit ihrem Leben und mit allem, was sie besitzen und haben, dafür einstecken. Nur schwache, zur Hemmungslosigkeit und Disziplinlosigkeit neigende Menschen werden,

um sich in ihrer Charakterlosigkeit und Zumverei vor sich selber zu entschuldigen, das Gegenteil behaupten. Und wie sehr meint wohl sonst jeder dazu, irgend etwas bei sich selber zu entschuldigen, wenn sich einmal das unzähligliche und Unwollkommen im Menschen bezeugt macht! Nur Lumpen vermissen leichtsinnig den Unterschied von schwarz und weiß, machen aus Recht Unrecht und aus Unrecht Recht. Nur Lumpen wollen, daß die Gegenseite und Unterschiede, die jeder aufrechte Mensch macht und in Ewigkeit machen muß, aus der Welt verschwinden. Begeiste und Gedanken werden von ihnen vermißt, und alles wird auf den Kopf gestellt.

Um solche Kranken, im wahrsten Sinne des Wortes pervertierte Gedankengänge und Gedankenschlüsse handelt es sich im vorliegenden Falle Remarques Betrachtung.

Solche Betrachtungen könnten vorübergehend von jemandem unter dem Eindruck Narrens übermäßig eindrückender Erfahrungen gedacht werden. Sie können gefühlsmäßig unter Ausschaltung jeder Beherrschung in absoluter Hemmungslosigkeit entstehen, und solche Gefühlsausbrüche sind oft genug auf diese Weise während des Krieges entstanden, d. h. die Krieger verlieben, und eben, weil sie geistigem entstehen, kann man ihnen eine gewisse Echtheit nicht absprechen, aber trotzdem wird hinterher der alles beherrschende und maßgebende nächterne und sachliche Verstand diese Ausfälle der Schwäche und Gemeinheit verdammten müssen. Man darf solchen Blasen nicht erliegen, wie das z. B. bei Herrn Remarq der Fall ist, der heute noch, ohne sich des wahren Zusammenhangs bewußt zu werden (— vielleicht aber doch bewußt!) — und dann verlogen!, in den Niederungen der Schwäche und Gemeinheit sich bewegt, ohne daraus frei kommen zu können. Wohin sollte wir Menschen am Ende bingeraten, wenn wir in dieser Schwäche etwas Starles sehen wollen und im Kranken das Gejagde uns vorläuschen? Es muß zum Untergang aller menschlichen Kultur führen, wenn das Ungeheure und Schwache triumphiert, wie das augenblicklich leider Gottes bei uns der Fall ist. Nur das Starke und Gesunde soll herrschen und maßgebend sein.

Ein Reichswarteser.

## Jidors Wechsel Kriegen Junge

Wechseljahr gibt es genugend im Leben. Das einzige Beständige ist nun einmal der Wechsel — wenn er nicht getäuscht ist. Mit dem falschen Wechsel sollte Jidor Baruch zu tun haben. Deswegen war er auch angelagt. Bis auf einige Betrugsvorstrafen war er unbedenklich. Zunächst beurteilte ihn der Psychiater also:

Tie Großmutter Baruch ist im Irrenhause gestorben, die Mutter ist noch in der Irrenanstalt — Der sollte auch Jidor belastet sein; der Vater war beim Theater und Jidor selbst Redakteur einer Zeitschrift „Deutsche Humanität“ — auch davon sollte Jidor belastet sein! Jidor handelt auch mit Teppichen — auch die ist „etwas nicht richtig“! Entweder kommen die Leute der „Deutschen Humanität“ oder die Teppichluden zu mir. Der Psychiater also:

Der Arzt spricht ihm den beliebten § 51 nicht zu, sondern hält ihn nur für äußerst phantastisch. Das kommt ihm bei seinem Geschäft und auch in der Gerichtsverhandlung zugute.

Azeptieren, präsentieren, prolongieren, Lombardos

direkt, protestieren und — profitieren, das liegeln

ihm, da kommt er sich aus, besser als die Kunden, besser als die Schiffer.

Bei einer Geschäftsbesuch durch den schönen Hart erinnerte sich Jidor als „danharter“ Schüler auch seines ehemaligen Rechenschreibers, der dort im Ruhestand lebte. Der Lehrer benötigte zwar keinen Teppich, da aber die „Danharter“ des ehemaligen Schülers darin zum Ausdruck kam, daß der Lehrer nicht bar bezahlen sollte, wollte dieser nicht mit

# BIOX-ULTRA DIE ZAHNPASTA

ist hochkonzentriert, daher sparsam, nicht so viel, auch nicht so viel, sondern nur so wenig

genügt vollkommen zu einer gründlichen Reinigung Ihrer Zähne. Eine Tube reicht etwa 3 mal solange. Auch sonst ist die schäumende Zahnpasta blendend weiß und beseitigt Mundgeruch.

dansbar sein, sei auf den Fremdling aus Männern herbei und unterschiede fünf Wechsel über je 100 Mark. Er erkannte so wenig den „Wechsel“ in dem phantastischen Muster des erstandenen Tempels, wie den in Tildors phantastischen Geschwätz. Die höhere Mathematik des Wechselseitens ging dem einfachen Rechenlehrer ab. Womit er aber „rechnete“, das war die Unstetigkeit seines ehemaligen Schülers. Und darin wiederum hatte er sich getäuscht. Denn der Schüler Baruch hatte dem Lehrer ein Exempel aufgegeben, das nicht aufging: denselben Wechsel wurden dem erstaunten Lehrer doppelt präsentiert, obwohl er sie nur einmal unterschieden hatte. Nun sollte das Gericht „nachrechnen“. Es kam auch zu seinem Resultat; denn in dem Märchen, welches Tildor dem Gericht erzählte, siegte wieder seine blühende Phantasie: „Es war einmal ein Rosenbaum, der saß in einem Raffee, dem gab Tildor Blankswechsel mit seiner golddeutem Unterschrift und schickte ihn in den Harz. Von dort brachte der Rosenbaum noch einmal die Unterchristen des Lehrers, die Tildor für echt gehalten hatte, zurück, weshalb er die Wechsel nochmals lombardierte.“ Was kann Tildor dafür, wenn diese zweiten Wechsel „ohne sein Zutun“ dem Lehrer präsentiert wurden?

Der Rosenbaum war nicht zu finden (Tildor will ihn suchen, denn er ist ja angeblich selbst von ihm betrogen!), aber weil es vielleicht doch nicht – so ganz unmöglich wäre, daß ein Rosenbaum existiert haben könnte – wurde Tildor freigesprochen. Deutsche Humanität! – Hebräische Chuzpe!

## König David

Wie die Londoner Judentzeitung, „Jewish Chronicle“, am 12. Dezember 1930 aus Jerusalem meldete, ist dort vor Wochen ein „König David“ eingetroffen, der den vor 2000 Jahren zerstörten Tempel Salomonis, zugleich das Heiligtum der Weltloge, wieder aufbauen will; hinter diesem „König David von Israel“, wie er sich nennt, steht ein zum Judentum übergetretener Newyorker, Mr. John oder Johanna Sitzer; seine Familie, die schon im 11. Jahrhundert in Schottland war, will in grader Linie vom Juden David abstammen, was übrigens auch das englische Königs- haus von sich behauptet. – Im 19. Jahrhundert wanderte dann David jun.s Großvater unter Berufung auf Jesekiel: „Ich werde ihn auf den Thron des Hauses Davids senden“, nach Amerika. Wahrscheinlich gehört Mr. Sitzer mit seinen Tempelplänen zu den „instinktivversierten, gehirngeschädigten“ Nichtjuden, die, wie Anton Schickel an in seinem grundlegenden Buche über den „Sozialparasitismus im Völkerleben“ (Votos Verlag, Leipzig 1929) schreibt, sich von ihrem Blut und Volk lösen und dem Judentum in die Arme werfen, das sie gelegentlich dann aufnimmt. Es liege sich aus der Geschichte eine Reihe solcher verschleierte, zu ganz rabiaten Mosesbrüdern gewordenen Nichtjuden zusammenstellen, bei denen aber

immer der Verdacht nahe liegt, daß ihnen selber schon was vom Parasiten beigebracht war, denn Blut geht zu Blut, und bei normalen, rechtsaegigen, d. h. von jüdischem Blut unverseuchten Menschen ist eine solche Hinneigung unverständlich. – Vor kurzem war übrigens noch ein anderer merkwürdiger „Amerikaner“ in Palästina, der durchaus den großen Berg Nebo kauften und nach der dort verloren gegangenen Bundeslade suchen wollte!

Die hauptzionisten-Leitung in Jerusalem verbucht etwas unverständlich gegen Seine israelitische Majestät, gebor. Mr. Sitzer, der auch als bald erklärt, daß die Zionisten – was um so verwunderlicher ist, weil sie sonst ganz anders reden und tun – weder dächten, die „heiligen“ Alte herzustellen, noch irgendwelche idealen Ziele hätten; sie glaubten es auch nicht, daß er, Mr. Sitzer, der „König David“ wäre – was schon eher begeisterlich ist! „Dagegen“, erzählt König David, „feuerte mich der amerikanische Generalton zu Jerusalem, bei dem ich 2 Stunden saß, sehr an, meine Fortschritte nach einem geeigneten Platz für den von Jesekiel beschriebenen Tempel fortzuführen“. Hoovers ausländische Konsuln sind freilich häufig selber Juden. – „König David“ wird dann, sobald er die Lage des Tempels gellärt hat, von Henry Ford, der sich jüngst aus einem Judenkenner in einen Judengenossen verwandeln ließ, und von dem bekannten Julius Rosenwald in Chicago weiter finanziert, der u. a. die

Reger in Amerika mit ungeheuren Summen, wie sie sich nur Warenhausgenossen leisten können, für seine „unterdrückten“ Rassengenossen einfangt und heimlich gegen die Nichtjuden mobilisiert. Sohn Rodesseller jun. soll sich dagegen den Angriffen „König Davids“ noch standhalten.

Jewish Chronicle meint: „Die Aufrichtigkeit und der Ernst des Newyorker sind rührend, der so herhaft an seine (hohe) Abkunft und Sendung glaubt, daß auch der größte Skeptiker wankend wird.“

Nun hat sich neuerdings noch etwas anderes in Jerusalem als „König David“ aufgetan, nämlich ein großes, bestausgestattetes Hotel; an der Bezeichnung nimmt freilich am 19. Dezember 1930 der Herausgeber der „Jewish Chronicle“ im Namen der Juden Anstoß, weil sie zu sehr nach einem Dorfwohrtshaus oder einer gemeinnützigen Gesellschaft klänge und „Zur Stadt Davids“ oder dergleichen viel besser und würdiger wäre; immerhin sei es zu begrüßen, daß sogenannte Palästina-Pilger – wie z. B. Dernburg, die verschiedenen Warburgs, Melchior, Otto Kahn, Alfred Kerr-Kempner, Max Liebermann, Stefan Zweig, Michael Goldschmidt, Oskar und Salob Wassermann, Leo, Badi, Buber usw., usw. – nun in Jerusalem auf eine erstklassige Unterkunft rechnen dürfen.

Berantwortlich für den Inhalt und Anzeigenleiter: Großer zu Reventlow, Berlin, Berlin: Der Meinungsverlagsgesellschaft, m.b.H., Berlin SW 60, Friedrichstr. 42; Dr. Döhnhoff 2590. Druck: Süßendorff GmbH, Berlin.

## Ölgemälde

Von 25.–RM. an liefern wir gute Ölgemälde ausnahmsweise günstiger. Belohnen Sie unverbindlich unsere Ausstellung. Voll. Zahlungserleichterung ohne Provisoabzug.

**Der Kunstkreis G. m. b. H.**

Verkaufsstelle der Deutschen Maler-Gilde e. G.

**Berlin C 25, Kurze Straße 12**

(h. d. Lehrervereinshaus) Tel.: Kupfergr. 4036. Geschäftsr. 94. über

10.000 zufriedene Kunden. Es lohnt sich der weiteste Weg zu uns.

Bezieher auf diese Anzeige 5% Rabatt

### Beobachtungen - Ermittlungen - Auskünfte

jeder Art über Vorleben und Vermögens-Verhältnisse

### Strenge Diskret

Mäßiger Honorar. Parteigenossen haben das größte Entgegenkommen.

### Credo

Berlin-Friedenau, Holzstraße 7

Fernsprecher: 113 Rheingau 492

## Haben Sie Stoff?

Ihre fertige Anzüge und Pantzlos nach Maß auf Rohhaar mit sämtlichen Zutaten für 75.– RM. Garantie guter Stoff. Bei meinem Stoff 110. – bis 175. – RM. Zahlungserleichterung Kurt Bühlle, Herrenmoden, Charlottenburg, Kantstraße 26 nur 1. Etage. Tel.: C 1, Steinplatz 3974

### Gelegenheitslauf

Staaten rein Uederfestabak

an Privata Kiste zu 50 Stück  
(20 Pfennig Band) 8.50 RM  
L. Kowalewski Berlin-Schöneberg  
Golenstraße 82 Fernspr.: 61 Stephan 2110

Dr. Weiß

**Asthma-Kurhaus**  
Berlin-Südende

## Massenauflagen

ein- und zweifarbig. Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter (auch Aushilfe für andere Druckereien) fertigt schnell und preiswert an

## Angriff-Druckerei

Berlin SW 68, Wilhelmstraße 29  
Fernspr.: F 5 Bergmann 178

## Lothar Hesse

**Wäsche-Spezialhaus**  
Eigene Anfertigung  
Berlin, Kommandantenstr. 43  
(Ecke Granitzstr.)

Weiße Panama - Sportshemden 4.75  
Hartige Sportshemden mit Kord. 4.75

Großhandel 1875

Seine Bedienungsfeste

## Moselweine!

Eigenes Wachstum aus den ersten Lagen von Trarbach und Enkirch! Liefer billiger, ohne Zwischenhandel

Weingut Ernster-Döllmar in Trarbach-Trarbach  
an der Mosel / Preisliste und Proben auf Wunsch

## Rechtsbeistand

Berlin SW 68, Wilhelmstraße 144  
Fernsprecher: F 5 Amt Bergmann 8854

Prozeßführung, Verträge, Schuldentrgutung  
Auskunft in allen Rechtsachen, Straf- und  
Arb-Prozeßverfahren, Befreiung u. Ankau  
von Forderungen. 1/2 Rechtsanwaltsgebühren.

### Parteigenossen Teilaufnahme

## Friedrichshof

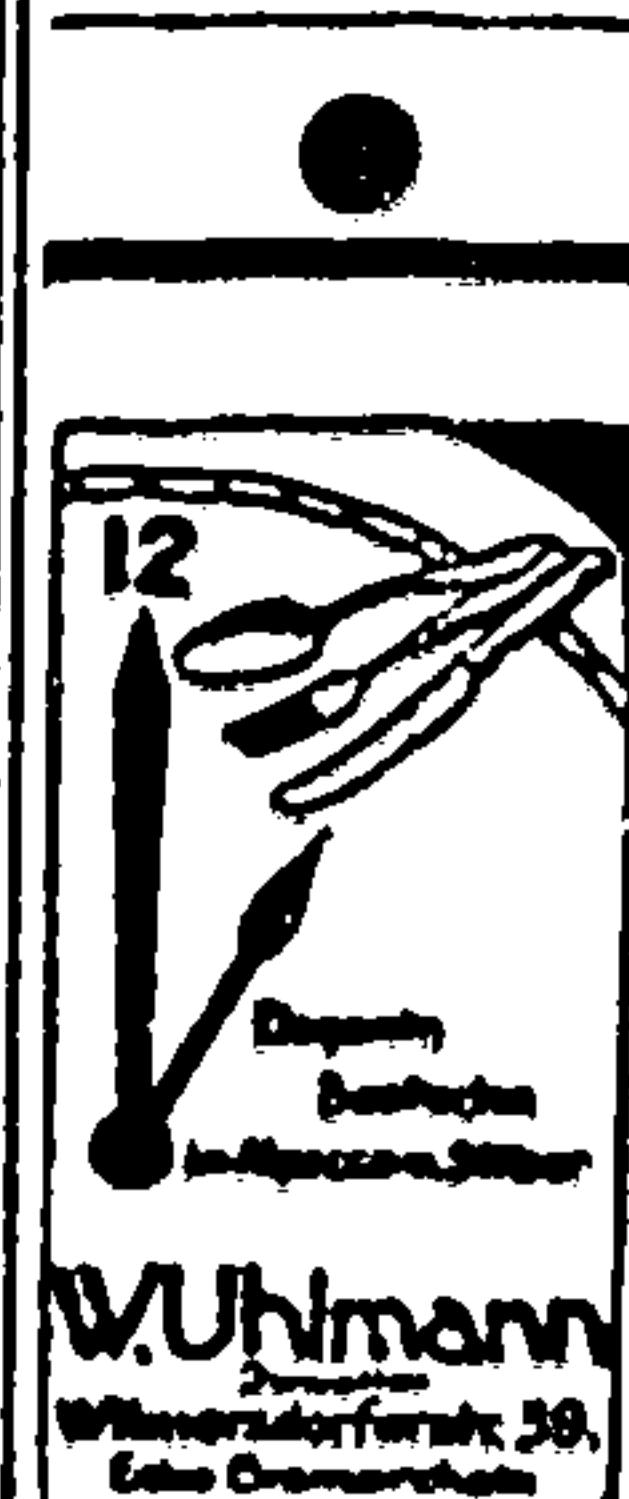
Bier- und Speisehaus

Berlin SW 48, Friedrichstr. 29 Ecke Dörfelstr.

### Ideale Gaststätte

Erheblicher Preisabfall

Treffpunkt national gesinnter Kreise  
Spallmann Regelbahnen



Wuhmann

Wuhmann